

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatssekretär Tobias Gotthardt

Abg. Oskar Lipp

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Martin Böhm

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Roswitha Toso

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen

Forschungsstiftung und des Bayerischen Ministergesetzes (Drs. 19/4345)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Staatssekretär Tobias Gotthardt das Wort.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in globalpolitisch und wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Dass diese Zeiten Antworten verlangen, wissen wir alle, wie auch, dass es bayerische Eigenart ist, in herausfordernden Zeiten nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern "Bavarian Mut" zu beweisen. Ich glaube, an dieser Stelle besteht Konsens in diesem Haus. Deswegen wissen wir auch, dass wir den wirtschaftspolitischen Instrumentenkasten immer wieder neu justieren müssen, um Antworten auf die Fragen geben zu können. Aufbauend auf einem Vorschlag des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung haben wir deshalb im Wirtschaftsministerium einen Gesetzesentwurf zur Schaffung eines Transformationsfonds erarbeitet, den ich im Namen der Staatsregierung kurz vorstellen darf.

Unsere Forschungsstiftung soll umgewandelt werden. Ziel ist es, schnell und unaufwendig dringende Innovationen und Investitionen unserer Wirtschaft unterstützen zu können, um sie in der Zeit der Transformation bei zunehmender Digitalisierung und Dekarbonisierung auch zukünftig wettbewerbsfähig zu halten. Angesichts der Entwicklungen der letzten Tage in Amerika und anderswo ist das nicht von geringer Bedeutung.

Finanzieren wollen wir diesen Transformationsfonds aus dem Kapitalstock der Bayerischen Forschungsstiftung in Höhe von 350 Millionen Euro. Das ist ein Batzen Geld, der uns helfen kann, diese schwierige Aufgabe zu bewältigen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Gesetzentwurf umschreibt, wie wir aus der aktuell noch als Ewigkeitsstiftung angelegten Forschungsstiftung eine Verbrauchsstiftung machen. Das ist notwendig, um den Kapitalstock der Stiftung angehen zu können, der bei einer Ewigkeitsstiftung – logisch; der Name sagt es – ungeschmälert zu erhalten ist. Wir wollen ihn aber gezielt einsetzen, um schnell und unbürokratisch agieren zu können. Wir haben das Ganze so angelegt, dass entsprechend den Vorgaben eine ausreichend lange Dauer einer Verbrauchsstiftung – vorgeschrieben sind mindestens zehn Jahre – garantiert bleibt. Zugute kommt uns in diesem Fall, dass nicht reglementiert ist, wie in diesem Zeitraum der Kapitalstock ausgegeben wird. Das heißt, wir können den Kapitalstock sehr schnell mindern, um kurzfristig einen Mittelverbrauch im Sinne der bayerischen Wirtschaft zu ermöglichen.

Der neue Name "Transformations- und Forschungsstiftung" umschreibt die beiden Beine, auf denen das neue Konstrukt stehen soll. Wir werden den gesamten Kapitalstock in den nächsten Jahren einsetzen.

Parallel wird die Stiftung ihre erfolgreiche und über die Landesgrenzen anerkannte Forschungsförderung in verringertem Maße weiter ausüben. Ich sage an dieser Stelle allen, die in den vergangenen Jahren sowohl in der Geschäftsführung als auch in den Stiftungsgremien tätig waren, ein herzliches Dankeschön für die wertvolle und sehr erfolgreiche Arbeit der Stiftung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden auch darauf achten, dass die Arbeit der Stiftung, die, wie gesagt, vorbildhaft und erfolgreich ist, nicht geschmälert wird. Wir werden sie aus den laufenden Vermögenserträgen sowie den jährlich fortgesetzten Zuschüssen aus dem Staatshaushalt weiter finanzieren und fortführen.

Die Zuständigkeiten der Stiftungsorgane werden im Gesetz angepasst. Das hat den Hintergrund, dass wir im Bereich Transformation oder dort, wo wir Innovations- und Investitionsförderung betreiben, schlanke Verfahren benötigen, um schnell helfen und reagieren, um unseren Unternehmen Unterstützung geben zu können. Dies wird die Satzung regeln, die parallel zum Gesetz in Vorbereitung ist, aber erst verabschiedet werden kann, nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist.

Der wissenschaftliche Beirat wird seine Arbeit fortführen. Diese ist sehr erfolgreich – auch dafür ein großes Dankeschön. Er wird aber nur im Bereich der Forschung weiter tätig sein, denn im Bereich des Transformationsfonds und der Transformationsförderung braucht es diesen wissenschaftlichen Beirat in der Form nicht. Wir haben entsprechend den Regeln für die Projektauswahl jeweils einschlägige Projektträger mit entsprechender Fachkompetenz, die eingebunden sind und die Qualität der Fördermaßnahmen garantieren.

In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen Rahmen geschaffen haben, um die Idee des Ministerpräsidenten so umsetzen zu können, dass es im Sinne unserer Wirtschaft sehr schnell und sehr zielgerichtet vorgehen kann. Ich bin überzeugt, dass wir in diesen herausfordernden Zeiten finanzpolitisch damit einen bayerischen Löwen schaffen, der unsere Wirtschaft in diesen rauen Zeiten kraftvoll verteidigen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache. Für die Aussprache wurden 29 Minuten vereinbart. Als ersten Redner rufe ich Herrn Kollegen Oskar Lipp von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Plenum startet heute mit drei Gesetzentwürfen.

Besonders grün verstrahlt ist der erste Gesetzentwurf. Er stellt einen direkten Angriff auf die bayerische Automobilbranche dar, meine Damen und Herren. Ein Wahnsinn, was hier CSU und FREIE WÄHLER zusammengeschustert haben. Sie setzen auf Subventionen, anstatt direkt gegen die linksgrüne Transformation im Freistaat anzukämpfen.

Woher soll das Geld kommen, meine Damen und Herren? – Mitten aus Bayerns Kronjuwelen. Söder will die höchst angesehene Bayerische Forschungstiftung, die in 35 Jahren über 1.000 Spitzenforschungsprojekte mit rund 650 Millionen Euro gefördert hat, in einen sogenannten Transformationsfonds umwandeln. Dieser Fonds soll circa 350 Millionen Euro für grüne Subventionen bereitstellen, mehr als die Hälfte dessen, was die Stiftung in über drei Jahrzehnten benötigte. Statt neuen Wohlstand zu schaffen, wird hier das Kapital der Forschungstiftung geplündert, um grüne Luftschlösser zu finanzieren.

(Beifall bei der AfD)

Die Staatsregierung verschleiert die Tragweite dieser Unvernunft und spricht von Transformationsdruck und Dekarbonisierung, die verstärkt Investitionen erforderten. – Ja, meine Damen und Herren, das ist ewiggestrig. Das ist nichts anderes als stupide Augenwischerei.

In Wahrheit erlebt Bayern eine Deindustrialisierung historischen Ausmaßes. Von Anfang 2022 bis Anfang 2025 wurden etwa 42.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe abgebaut, davon über 16.000 in der Automobilindustrie. Laut IHK plant circa ein Viertel der Industrieunternehmen die Abwanderung, bei den Großkonzernen leider sogar die Hälfte. Werksschließungen und Produktionsverlagerungen sind keine Aus-

nahme mehr, sondern leider die Regel. Merke: Bayern exportiert nicht mehr Autos, Bayern exportiert inzwischen leider ganze Fabriken.

Die wahren Ursachen dieser Entwicklung liegen nicht bei Putin oder Corona, sondern in der ideologisch verblendeten Politik der grünen Altparteien. Ihre Dekarbonisierungspolitik ist nichts anderes als ein gezieltes Deindustrialisierungsprogramm gegen Deutschland und ewiggestrig. Energie und Strom sind für uns Deutsche wieder zur Existenzfrage geworden. Die Industriestrompreise in Deutschland sind doppelt so hoch wie in China und dreimal so hoch wie in den USA.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Hinzu kommen enorme Lohnstückkosten und die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast innerhalb der OECD. Währenddessen erstickt eine Flut grüner Vorschriften unsere Unternehmen.

(Beifall bei der AfD)

Um nur einige beim Namen zu nennen: Lieferkettengesetz, Green Deal, Verbrennerverbot. Diese Gesetze treiben die Industrie und damit das ganze deutsche Volk in den Ruin. Die CSU, die sich draußen bei den Leuten immer noch als wirtschaftsfreundlich verkauft, ist mitschuldig an diesem Desaster, nicht zuletzt durch das Bayerische Klimaschutzgesetz, das den Druck auf unsere Industrie noch verschärft hat. Doch anstatt diese Entwicklung zu stoppen, treiben CSU und FREIE WÄHLER ihre grüne Planwirtschaft aus Berlin weiter voran. Was schlagen Sie vor? – Wiedereinsetzung der E-Auto-Prämie, subventionierte Ladestrompreise und kostenloses Parken für E-Auto-Besitzer. Wenn das keine Planwirtschaft ist, dann weiß ich es auch nicht mehr.

Doch linke Subventionen können die Abwanderung und die Schließung der Firmen nicht verhindern. Die Bilanz des Automobilfonds, den die Staatsregierung im Jahr 2019 mit 120 Millionen Euro ausgestattet hat, spricht Bände. Trotz dieser Gelder haben zahlreiche Unternehmen Stellen abgebaut oder Werke geschlossen: Schaeffler

700 Stellen, Webasto 500 Stellen, Bosch knapp 1.700 Stellen. Die Liste ließe sich minutenlang fortführen, wozu heute aber die Zeit leider nicht mehr reicht.

Subventionen halten die Wertschöpfung nicht im Land; sie verschieben nur das unabweichliche Ende. Neue Arbeitsplätze schaffen sie nicht. Ein Blick in die USA genügt. Dank Donald Trump ist der Green Deal Geschichte – auch bald bei uns in Deutschland.

Was Bayern jetzt braucht, ist keine weitere grüne Geldverschwendung, meine Damen und Herren, sondern eine radikale Wirtschaftswende. Die AfD fordert die sofortige Abschaffung des Verbrennerverbots und jeglicher CO₂-Bepreisung, den sofortigen Stopp der Energiewende, die Strom unbezahlbar macht, sowie eine echte Technologiefreiheit auf deutschen Straßen ohne Tempolimit und ohne ideologische Schranken. Oder frei nach Elon Musk: Nur die AfD kann Bayern retten.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Um Gottes Willen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage. Bitte bleiben Sie noch da. Herr Kollege Florian von Brunn hat eine Zwischenfrage.

Oskar Lipp (AfD): Das wurde leider nicht angezeigt.

Florian von Brunn (SPD): Ich habe zwei Fragen.

Die erste Frage ist: Glauben Sie den Schmarrn, den Sie gerade erzählt haben, selber?

Meine zweite Frage. Ich habe gerade recherchiert und einen Artikel gefunden, in dem steht, dass Sachsens AfD-Chef das Ende der Energiewende fordert, aber selbst eine Photovoltaikanlage auf dem Dach hat. Können Sie denn ausschließen, dass Mitglieder Ihrer Fraktion oder Ihrer Partei in Bayern nicht selbst Photovoltaikanlagen oder Wärmepumpen betreiben oder Elektroautos fahren?

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Dazu würde ich von Ihnen an dieser Stelle gerne Klartext hören.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr ehemaliger Fraktionsvorsitzender von Brunn,

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

vielen Dank für Ihre Fragen.

Ich denke, die erste Frage war überhaupt keine Frage; das war relativ unsachlich.

Zur zweiten Frage: Im Gegensatz zu Rot-Grün wollen wir keinen Zwang. Wir schreiben den Bürgern nicht vor, was sie zu installieren haben. Bei uns setzt sich mehr oder weniger der freie Markt durch. Ich kenne auch Leute, die Photovoltaikanlagen auf dem Dach haben. Ja, das kann zu einem guten Energiemix beitragen.

Wir sollten aber nicht nur auf Solar und Wind setzen; denn unsere Industrie braucht einen versorgungssicheren und günstigen Strom und keine grünen Traumschlösser.

(Zuruf von der SPD)

Man sieht es zum Beispiel in den letzten Wochen, Monaten oder sogar Jahren Ihrer Politik, wie viele Unternehmen abgewandert sind. Ich denke einmal, Ihre Frage ist hiermit beantwortet.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Dr. Stefan Ebner von der CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Geschätzte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne! So einen Schmarrn, den wir uns gerade eben haben anhören müssen, hört man selten hier in diesem Plenum.

(Beifall bei der CSU – Johannes Becher (GRÜNE): Leider zu oft! – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Wenn Sie die zielgerichtete Förderung unserer heimischen Unternehmen, unserer bayerischen Unternehmen als grünes Gespenst abtun, dann weiß hoffentlich spätestens nach dieser Rede jeder Unternehmer, was er zu erwarten hat, wenn die AfD gewählt werden würde.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sie haben heute die hässliche Fratze der Wirtschaftsfeindlichkeit der AfD gezeigt! Schämen Sie sich mit dieser Rede!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

Und, Herr Lipp, bestellen Sie sich ein Buch zur Nachhilfe in Volkswirtschaftslehre. Bestellen Sie Robert Habeck auch gleich eines mit; ihm können Sie die Hand reichen.

(Zuruf von der AfD)

Sie haben heute bewiesen, dass Sie von Wirtschaftspolitik nichts verstehen und dafür hoffentlich niemals, egal wo in diesem Land, eine Verantwortung bekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Zum Thema: Meine Damen und Herren, wir reden heute darüber, wie wir Bayern bestmöglich aufstellen, dass wir unsere Unternehmen unterstützen, und wir stehen in einer wirklich schwierigen Situation. Es gibt enorme Herausforderungen. Wir haben die längste Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, und wir sind gefangen in der Rezession, in der Scholz-Habeck-Rezession.

Der IWF hat diese Woche seine Prognose noch einmal nach unten korrigiert: 0,1 % Wachstumsprognose. Wir sind das Schlusslicht. Alle anderen Industrienationen über-

holen uns. Das ist das katastrophale Werk – das muss man an dieser Stelle sagen – eines Kanzlers, der nicht so recht will, und eines Wirtschaftsministers, der nicht so recht kann, meine Damen und Herren.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist reiner Wahlkampf! Die Zahlen sind seit 2018; das ist so!)

Wir in Bayern sind stark, aber wir können uns auch von diesem negativen Bundes-trend nicht abkoppeln. Unser Land hat seit 2020 den Pfad des langfristigen Wachstums verlassen. Unsere Wirtschaft stagniert. Das Wirtschaftswachstum in Europa liegt bei 5 % über die letzten fünf Jahre. In den USA liegt es bei 12 %. In Deutschland liegt es über die letzten fünf Jahre bei 0,1 %. Wenn man das auf einen Hundertmeterlauf übertragen würde, dann würde das heißen: In der Zeit, in der Deutschland einen Meter gelaufen ist, sind die USA 120 m gelaufen, meine Damen und Herren.

Unser Land verliert an Boden, es verliert den Anschluss, und wir werden im Vergleich zu anderen Ländern ärmer. Das kann man an allen möglichen Kennzahlen sehen: an der Arbeitsproduktivität, an den Reallöhnen, an den Exporten und am privaten Konsum.

Was bedeutet dieses Nullwachstum für unser Land? Wenn jemand wächst, muss jemand schrumpfen – das heißt, verlagern, verkleinern, kündigen, dichtmachen –, und das ist die Bilanz der letzten Jahre. Da kann Robert Habeck nur froh sein, dass sein Ministergehalt nicht von den Zahlen abhängig ist, die er als Wirtschaftsminister produziert hat,

(Zurufe von den GRÜNEN)

weil er sonst bei Hubertus Heil um Bürgergeld fragen müsste.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) – Weitere Zurufe)

Die bayerische Wirtschaft kann sich diesem Trend, diesen Zahlen nicht entziehen. Ich weiß, die Wahrheit ist unangenehm.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, schreien Sie nicht so, sonst meint man, Sie seien in der Brunft!

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist ein reiner Wahlkampf! Reden wir zur Sache!

– Weitere Zurufe)

Also, auch die bayerische Wirtschaft kann sich diesem Trend nicht ganz entziehen, und wir stehen vor großen Herausforderungen, den vier großen Herausforderungen Demografie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und Deglobalisierung. Diese vier großen Trends erfordern eine massive Transformation unserer Unternehmen. Warum? – Diese Trends sind dauerhaft, sie werden sich langfristig auf unsere Wirtschaft auswirken, und diese Megatrends sind disruptiv, weil Bestehendes, weil Bekanntes Neuem weichen wird.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat erst vor wenigen Wochen eine Umfrage veröffentlicht, aus der klar wird, dass 93 % der Unternehmen mindestens von einem dieser vier Megatrends betroffen sind. Daher müssen wir uns als Politiker hier in Bayern die eine zentrale, aber zugleich sehr große Frage stellen: Wie können wir in Bayern Wirtschaftspolitik gestalten, damit die Transformation unserer heimischen Unternehmen gelingt?

Entscheidend für diese Transformation sind Bildung und Weiterbildung, dass mehr Menschen im Arbeitsmarkt sind, dass wir die Erwerbsbeteiligung steigern, dass wir die Teilzeitquote senken, dass wir massive Investitionen in die Infrastruktur und in die Digitalisierung sehen, dass wir Start-ups bestmöglich fördern. Ganz entscheidend ist auch: Wir brauchen Innovationen in allen Bereichen, meine Damen und Herren.

(Zuruf bei der AfD)

Als Staat müssen wir zielgerichtet, effizient und strategisch sinnvoll unterstützen. Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung im Juni des letzten Jahres drei wichtige Maßnahmen vorgestellt, die vor allem die bisherigen Finanzinstrumente ausbauen.

Erstens: Die LfA Förderbank wird zu einer Bayern-KfW ausgeweitet.

Zweitens: Es gibt mehr Geld für Start-ups von bis zu 50 Millionen Euro Direktinvestments damit man auch größere Investitionen stemmen kann.

Drittens: Die gesamte Wirtschaft und auch bestehende Unternehmen werden mit einem neuen Transformationsfonds bei den großen Transformationsprozessen unterstützt.

Meine Damen und Herren, das ist Industriepolitik, das ist Wirtschaftspolitik pur, und das ist auch Landespolitik pur. Wir wollen eben nicht nur einfach mal da, mal dort Subventionen verteilen. Wir wollen nicht nur mal hier und mal dort Einzelmaßnahmen verteilen. Es braucht eine umfassende Strategie mit vernetzten Maßnahmen, damit wir den Unternehmen in Bayern in allen Regionen eine neue Stufe der Wettbewerbsfähigkeit zugänglich machen.

Das ist der Unterschied zur Bundesregierung. Das ist der Unterschied zu Habeck. Die Ideen dieses Mannes sind – lassen Sie mich es einmal so ausdrücken, um das Wort "dumm" zu vermeiden – abenteuerlich. Jetzt will er Sozialabgaben auf Zinsen und Dividenden erheben. Er will an das Geld der Sparer heran, die das schon alles versteuert haben.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Und das alles in einer Zeit, in der man, wenn man nach Amerika blickt, wirklich eine Wirtschaftspolitik von beeindruckender Wucht verfolgen kann. Da frage ich mich: Ist das ernsthaft die Antwort von Robert Habeck,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

die wirtschafts- und sozialpolitische Agenda des grünen Kanzlerkandidaten?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich kann bei aller Wertschätzung für Kreativität und Fantasie nur sagen: Die Menschen in diesem Land brauchen eine fundierte Wirtschaftspolitik und keine Gruselstunde, meine Damen und Herren!

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Helfen Sie dem Herrn! Er kann es offensichtlich nicht, und er weiß es nicht. Helfen Sie ihm!

(Johannes Becher (GRÜNE): Zur Sache, Herr Kollege!)

Zur Sache – genau: Der bayerische Transformationsfonds wird direkt bayerische Unternehmen gezielt fördern. Der Staatssekretär hat es beschrieben: Der Kapitalstock wird verwendet. Mit diesen 350 Millionen Euro wird zielgerichtet unterstützt. Eine Ewigkeitsstiftung wird in eine Verbrauchsstiftung auf zehn Jahre umgewandelt. Das Wichtige ist: Man kann das Geld, weil es nicht linear abgeschmolzen wird, sofort verwenden, und das ist gut.

Wichtig ist auch – das möchte ich unterstreichen – die tolle Arbeit in der Forschung, die die Bayerische Forschungsstiftung bisher geleistet hat. Ihr ist zu danken. Ich darf selbst im Stiftungsrat dabei sein. Es ist eine tolle Einrichtung, eine tolle Institution, eine tolle Stiftung, die ihre Tätigkeit auch weiter fortführen wird.

Das Entscheidende ist, dass es schnell und unbürokratisch geht. Dafür werden die Stiftung und der Fonds entsprechend aufgestellt, damit wir künftig verbesserte Produkte und Produktionsverfahren fördern können, damit wir Prozess- und Organisationsinnovationen besser fördern können, und damit wir auch ressourcenschonende Verfahren besser fördern können.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer Zeit von großem wirtschaftlichen Veränderungsdruck, von Unsicherheit. Deswegen ist es wichtig, dass wir Maßnahmen im Handlungsspielraum des Freistaates Bayern schaffen, um wieder Vertrauen herzustellen. Die Unsicherheit in Deutschland ist in den letzten Jahren um den Faktor 5 gestiegen. Wir als Freistaat Bayern leisten unseren Teil, um das Vertrauen wieder ein Stück weit herzustellen. Der Transformationsfonds ist ein Teil davon, das Vertrauen in die Politik wieder zu stärken. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Ebner, so fulminant, wie Sie Ihre Rede begonnen haben, so unstrukturiert hat sie geendet. Der Abgesang auf die deutsche Wirtschaft hat nicht erst mit der Ampel-Abrisstruppe begonnen. Der Abgesang auf die deutsche Wirtschaft hat die Grundlage in einer total verfehlten Politik der Merkel-Administration. An dieser schwarz-roten Regierung in Berlin waren Sie beteiligt. Wenn man jetzt die Protokolle des Untersuchungsausschusses Atomausstieg liest, wird ganz klar, dass unser Ministerpräsident dort eigentlich die schlechteste Rolle gespielt hat. Er war es schlussendlich, der als bayerischer Umweltminister dafür gesorgt hat, dass Deutschland aus der Atomenergie ausgestiegen ist. Das wird für alle Zeiten auf Ihren Fahnen stehen. Sie sind der Totengräber der deutschen Wirtschaft, mit Ihrer missratenen Energiewende, die zu Ihrer Regierungszeit bereits den Anfang gefunden hat.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Dr. Ebner.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Lieber Herr Böhm, ich kann Ihnen nur sagen: Wenn die Menschen richtig wählen und wenn der Union Verantwortung in die Hände gelegt wird,

dann ist das ein Segen für unser Land. Dann wird es wieder aufwärts gehen und von nichts – –

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sprechen vom Totengräber. Sollten Sie jemals eine Verantwortung bekommen – – Wir müssen dafür sorgen, dass das niemals passiert. Sie mit Ihren Fantasien vom Ausstieg aus der Europäischen Union usw. dürfen niemals Verantwortung bekommen; denn dann sind nämlich genau Sie der Totengräber, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch von vielem anderen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Ebner, ich möchte nur drei Fragen stellen. Ich hätte eine lange Liste, aber dafür reicht die Zeit nicht.

Frage Nummer eins: Ist Ihnen bekannt, dass die deutsche Wirtschaft schon seit 2019 rückläufig ist?

Frage Nummer zwei: Ist Ihnen bekannt, dass die Fahrzeugindustrie, die großen Konzerne, vor mehr als zehn Jahren falsch entschieden hat, als klar war, dass sie im Bereich CO₂-Ausstoß etwas tun muss? – Man hat sich damals dafür entschieden, die Software zu manipulieren, anstatt mit großer Energie in die Forschung, in die Entwicklung und in die Verbesserung der Motoren zu gehen, was maßgeblich zu der Eskalation heute beigetragen hat.

Frage Nummer drei: Ist Ihnen außerdem bekannt, dass hinter verschlossenen Türen gerade die Fahrzeugkonzerne sagen, jetzt noch mal das Verbrenner-Thema aufzurufen, wäre das Schädlichste, was man der E-Mobilität antun könnte? Ist Ihnen außerdem bekannt, dass zum Beispiel das ganze Heizungsbauerhandwerk hinter verschlos-

senen Türen sagt: Das Schlechteste, was jetzt passieren könnte, wäre, das Heizungsgesetz und das Gebäudeenergiegesetz wieder zurückzunehmen, –

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Barbara Fuchs (GRÜNE): – weil das ein großer Wirtschaftsfaktor ist und gut fürs Klima.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Für die Heizungsbauer?)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ist Ihnen irgendetwas davon bekannt?

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, eine Minute!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Das ist hier keine Wahlkampfveranstaltung.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, eine Minute ist vorbei.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ja, jetzt bin ich ruhig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zwischenbemerkungen sind eine Minute lang. Ich bitte, dass man sich daran hält.

Zur Antwort gibt es auch eine Minute für Herrn Dr. Ebner.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Liebe Frau Kollegin Fuchs, wenn Sie mich jetzt die ganze Liste abfragen, was mir alles bekannt sei, gehe ich davon aus, dass Ihnen das alles bekannt ist, sonst würden Sie mich hier nicht so oberlehrerhaft fragen. Deswegen stelle ich mir die Frage: Wenn Sie es denn wussten, warum haben Ihre Kollegen in Berlin nichts getan, sondern unsere Wirtschaft in den letzten Jahren gegen die Wand gefahren?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das ist die Situation, das hören Sie ungern, aber das ist die Realität, und wir werden das am 23. Februar beenden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste hat Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Ebner, wenn ich jetzt hier so Wahlkampf machen würde, wie Sie das hier gemacht haben, dann hätte ich vielleicht gesagt: Uns hat Prof. Dr. Fuest, der Ifo-Präsident, auf unserer Klausur gesagt, dass es schon ab 2018 abwärts ging. Da war der Amtsantritt von Söder. Man könnte jetzt auch sagen, dass das die Ursache für die Misere ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): War er mal Kanzler?)

– Nein, aber in Bayern ging es ab da abwärts. Insofern ist er natürlich schon irgendwie mitverantwortlich. Ich würde das natürlich nie so sagen, weil das Populismus ist.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Aber Sie haben es trotzdem gesagt!)

Ich bin der Meinung, es geht hier auch um Ablenkung; denn das, was wir hier sehen, ist: Auch in Bayern wird das Geld knapp. Statt sich zu überlegen, wie man es stattdessen macht, kürzt man jetzt bei der Forschung. Ich finde, das ist nicht redlich an dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, Bayern steht am Scheideweg. Die wirtschaftliche Transformation hin zu mehr Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft ist nicht nur eine Herausforde-

rung. Es kann auch eine historische Chance sein. Doch die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Gestalten wir diese aktiv strategisch, oder riskieren wir langfristig Verluste durch kurzfristige Denkweise? Nicht jede Unterstützungsmaßnahme, die sich das auf die Fahnen schreibt, ist auch per se ein gutes Instrument. Das gilt auch für diesen Gesetzentwurf zur Bayerischen Forschungsstiftung.

Dass wir den Unternehmen unter die Arme greifen, um die Kosten zu stemmen, die die Transformation bereithält, ist grundsätzlich richtig. Wir hatten auch als Fraktion der GRÜNEN selbst schon mal einen Transformationsfonds in diesem Hohen Haus beantragt. Damals hat der noch keine Mehrheit hier gefunden. Insofern ist es erst mal grundsätzlich schön, dass es jetzt ein Einsehen in dieser Sache gibt. Aber auf dem Papier sieht man einfach, dass es eigentlich darum geht, das erst mal aus dem Haushalt rauszuhalten. Auf dem Papier wird es so sein. Im Haushalt ist das wunderbar, weil man nirgendwo einsparen muss. Aber letztlich ist das, was wir heute hier sehen, wie ein billiger Trick von einem Magier, der uns weismachen will, wenn er das Kaninchen aus dem Hut zaubert, dann kommt das aus dem Nichts und nicht irgendwoher.

Ganz klar ist: Die Mittel der Forschungsstiftung werden durch den Verbrauch des Kapitalstocks jedes Jahr geringer. Ob die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt dann auch wirklich jährlich entsprechend steigen, ist bislang komplett offen. Das geht ganz klar auf Kosten der Forschungsförderung in Bayern, und das werden wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schlussendlich bedeutet das, dass Stand heute 2035 für Forschungsprojekte nur noch die 9,5 Millionen Euro aus dem Einzelplan 13 zur Verfügung stünden. Aber wir sehen doch alle, dass weiterhin Forschungsprojekte unterstützt und weiterfinanziert werden müssen. Die Frage ist einfach komplett offen.

Ab 2035 ist auch die entscheidende Phase, um unser gemeinsames Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Aber Bayern hat diese Mittel dann verbraucht und nichts mehr

zur Verfügung, womit es weitergehen soll. Das ist aus meiner Sicht Söder-Politik in Reinform: Heute großzügig ausgeben und morgen die Verantwortung auf die zukünftigen Abgeordneten abwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Begründung steht klar: "Der jährliche Zuschuss aus dem Staatshaushalt bleibt künftigen Haushaltsverhandlungen [...] vorbehalten."

Das steht oft drin, und das bedeutet natürlich: Man macht sich einen schlanken Fuß; denn dann ist einfach der zukünftige Landtag schuld, wenn nichts mehr da ist. Insofern machen wir hier tatsächlich eine Rechnung für zukünftige Generationen auf. Wie soll denn gesichert werden, dass in Zukunft wirklich ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, ohne diese Last in die Zukunft zu verschieben?

Zwei zentrale Fragen sind aus meiner Sicht ungeklärt:

Wird das Grundstockvermögen in Bayern durch den Gesetzentwurf reduziert?

Was bedeutet der Entwurf für das Heimfallrecht?

Beides sind Themen, die im Dunkeln bleiben. Das ist aus unserer Sicht in der nächsten Phase unbedingt noch zu klären. Wir sind ja heute in der Ersten Lesung. Auch die Mittelhöhe und die geplante Evaluation sind noch nicht geklärt. Das ähnelt sehr dem Thema des Automobilfonds von 2019. Dafür waren auch 120 Millionen Euro geplant, die an die Unternehmen fließen sollten. Eine Bewertung der Wirksamkeit steht bis heute aus, und der Bericht, den wir dazu beantragt haben, steht auch immer noch aus.

Es bleibt also einfach die Frage: Ist die Forschungstiftung wirklich das Konstrukt, das wir hier nutzen sollten? Man kann darüber diskutieren, ob diese Forschungstiftung in der Form überhaupt so sinnvoll war. Denn wir haben gesehen, dass man in der Vergangenheit nie ganz mit den Erträgen ausgekommen ist. Man musste immer aus dem

Haushalt zuschießen. Insofern halten wir es grundsätzlich für sinnvoll, über die Zukunft der Forschungstiftung nachzudenken. Aber der Gesetzentwurf ist uns zu vage. Er lässt ganz viele Fragen offen. Es fehlt auch an einer echten Zukunftsentscheidung.

Aber wie gesagt, wir sind in der Ersten Lesung. Ich fordere Sie auf, dass wir da vielleicht noch ein bisschen nachbessern; gerade an diesen zwei offenen Punkten, die ich erwähnt habe.

Ich glaube, wir brauchen wirksame Maßnahmen. Unsere Unternehmen brauchen diese Unterstützung, und sie sollte dahin gehen, wo das Geld am meisten gebraucht wird. Aber auch unsere Forschungsprojekte brauchen bestmögliche Strukturen; denn Forschung und Entwicklung sind für unseren Standort einfach sehr wichtig. Sie sind unsere Stärke und halten Bayern auch langfristig stark. Insofern freue ich mich auf die Beratungen in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht Frau Kollegin Roswitha Toso für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Roswitha Toso (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Mit dem heutigen Gesetzentwurf sendet der Freistaat Bayern ein starkes Signal. Wir wollen unsere Wirtschaft weiterhin an der Spitze halten und den Wohlstand unseres Landes sichern. Dafür sind Investitionen in Technologie, Forschung und Innovationen nötig. Mit der Hightech Agenda haben wir bereits seit 2019 rund 3,5 Milliarden Euro in die Zukunft investiert. Wir sind weiterhin bereit, die nötigen Entscheidungen zu treffen, um die Herausforderungen der Zukunft nicht nur zu bewältigen, sondern sie in unserem Interesse zu gestalten.

Als wir in Bayern im Jahr 1990 das Gesetz zur Einrichtung der Bayerischen Forschungstiftung verabschiedet haben, war das die Grundsteinlegung für eine anwen-

dungснаhe Forschungsförderung. Zur Wahrheit gehört aber auch: Damals sah das Land anders aus als heute.

Deutschland und Bayern stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Unsere Volkswirtschaft hat in den vergangenen Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die gescheiterte Bundespolitik hat unser Land in eine tiefe wirtschaftliche Krise gestürzt. Mittlerweile ist Deutschland beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht in Europa. Die Industrienationen dieser Welt verzeichnen ein Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig entstehen neue Märkte und bahnbrechende Geschäftsmodelle. Wir in Bayern halten nach wie vor erfolgreich mit. Bayern hat im bundesweiten Vergleich die niedrigste Arbeitslosenquote. Wir verzeichnen auch die höchste Anzahl an Unternehmensgründungen bei Start-ups pro Einwohner und zeigen sowohl der Industrie als auch dem Mittelstand jeden Tag mit klaren Signalen: Bayern bleibt ein verlässlicher Partner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen realistisch bleiben. Die Lage ist auch in Bayern ernst. Deutschland befindet sich erst am Anfang eines Abwärtstrends. Es bedarf massiver Anstrengungen und Weitsicht beim Einsatz der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, um die heimische Wirtschaft weiter voranzubringen. Wir brauchen eine kluge und mutige Förderstruktur, die ansässige Unternehmen unterstützt.

Mit dem 350 Millionen Euro schweren Transformationsfonds und der Umgestaltung der Forschungsstiftung wollen wir genau das erreichen, nämlich den Erfinder- und Fortschrittsgeist unserer Unternehmen fördern. Deshalb ergreifen wir die Initiative. Mit der Umwandlung der Bayerischen Forschungsstiftung in eine Verbrauchsstiftung schaffen wir eine kapitalstarke Schlüsselfigur im Kampf für die Zukunft unserer Unternehmen. Gleichzeitig erhalten wir die bisherige Funktion der Bayerischen Forschungsstiftung. Wir können das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Die gezielte Unterstützung im Bereich der Forschung bleibt ein wesentlicher Bestandteil, um die Innovationskraft und die Innovationszukunfts-fähigkeit Bayerns weiter zu stärken. Zur Klarstellung: Das Kapital der Transformations- und Forschungsstiftung

wird gezielt und nachhaltig eingesetzt. Jeder Euro, den wir in die Innovation unserer Unternehmen stecken, wird in Form von Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Stabilität doppelt und dreifach zurückkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir die Herausforderungen der Transformation verschlafen wollen oder ob wir sie aktiv angehen wollen. Der heutige Gesetzentwurf gibt darauf eine klare Antwort: Bayern wählt die zweite Option.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf ist Ausdruck unseres politischen Willens, Bayern zukunftssicher zu gestalten. Er sendet den Unternehmen, der Wissenschaft und auch der Gesellschaft ein starkes Signal. Wir stehen zusammen, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Lassen Sie uns diesen Schritt für ein Bayern, das weiterhin Vorbild für ganz Deutschland ist, gemeinsam gehen. Die Welt schläft nicht, und Bayern tut es auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sehen den Gesetzentwurf positiv. Die Beratungen im Ausschuss und die Zweite Lesung werden ja noch folgen. Das grundsätzliche Anliegen, die Transformation hin zu Digitalisierung und Klimaneutralität zu fördern, erachten wir für sinnvoll. Es ist allerdings nicht ganz so, wie mein Vorredner Ebner und auch meine Vorrednerin Toso gesagt haben, dass viel getan werde. 350 Millionen Euro sind zwar eine ordentliche Summe, sie ist allerdings überschaubar. Es ist auch eine Sache kreativer Haushaltsführung, diese Summe zu finden. Bei der Bayerischen Forschungstiftung hat man sie gefunden. Man hätte die Finanzierung aber auch aus anderer Quelle nehmen können. Ich will ein Beispiel nennen: 100 Millionen Euro sollen für die bayerische

Automobilindustrie aufgebracht werden, die immerhin für 18 % aller Arbeitsplätze in Bayern verantwortlich ist. 100 Millionen Euro sind im Vergleich zur Vielzahl der Arbeitsplätze nicht besonders viel, um diese Industrie und die Arbeitsplätze wirklich zu sichern und sie sicher zu transformieren. Man muss bedenken, dass allein schon 15 Millionen Euro für die Reptilienauffangstation zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, bei der Summe ist Luft nach oben.

Des Weiteren sollten Sie sich nicht so über die Bundesregierung erheben; denn sie hat in ihrem Klima- und Transformationsfonds viele Milliarden Euro eingestellt. Im Jahr 2023 waren 60 Milliarden Euro in diesem Fonds. Aktuell sind, glaube ich, noch 34 Milliarden Euro in diesem Fonds. Insofern mahne ich Zurückhaltung an.

Die SPD wird diesen Prozess und diesen Gesetzentwurf aber kritisch begleiten. Es muss sichergestellt werden, dass auch Forschungsvorhaben weiter gefördert werden, die nicht unter den Titel "Transformation" fallen. Insofern gibt es im Ausschuss noch einiges zu diskutieren.

Weil der Kollege Ebner Bundestagswahlkampf betrieben hat, was eigentlich nicht in dieses Hohe Haus gehört, sage ich zum Schluss: Wenn man etwas für die bayerische Wirtschaft und die Industrie tun will, dann können Sie Ihrerseits durchaus jetzt schon etwas tun, nämlich der Senkung der Strompreise im Deutschen Bundestag zustimmen. Es gibt keinen Grund, weshalb Sie die Senkung der Netzentgelte und der Stromsteuer verweigern.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das wäre eine Maßnahme, um die Wirtschaft und die Transformation zu unterstützen. Es wäre auch eine Maßnahme, um die Kaufkraft für alle in Deutschland zu steigern, und nicht nur eine Maßnahme, um den Reichsten 10 % über Steuerreformpläne über 50 Milliarden Euro zu schenken.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): "Schenken"! – Sozialist!)

Das ist soziale Spaltung. Das hilft nicht dem wirtschaftlichen Wohlstand aller. Wohlstand für alle ist anders und geht anders. So viel als mein Beitrag zum Wahlkampf, den Herr Ebner eingeläutet hatte. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das war eine marxistische Rede!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Staatssekretär Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN hat um Erteilung des Wortes gebeten.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Debatte nicht unnötig in die Länge ziehen; es sind aber ein paar Fragen offengeblieben, auf die ich antworten möchte. Ich habe herausgefiltert, welche Worte dem Wahlkampf dienen und welche dem Thema.

Frau Kollegin Roswitha Toso hat völlig recht, wenn sie sagt, die Investitionen aus dem Betrag von 350 Millionen Euro würden mehrfach zurückgezahlt werden, weil das Geld eine tatsächliche Investitionsförderung ist. In diesem Bereich waren wir gesetzlich sehr eingeschränkt. Wir haben nun die Möglichkeit, Dinge zu unterstützen, wo investiert wird.

Kollege Ebner, ich möchte unterstützen, was Sie gesagt haben. Wir geben der Forschungstiftung durchaus keinen Todesstoß.

(Sanne Kurz (GRÜNE): Ach nein?)

– Nein! – Es ist kein Todesstoß. Wenn Sie mich ausreden lassen, dann sage ich Ihnen auch, warum.

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Weil es – da bin ich bei Frau Kollegin Schuhknecht – tatsächlich eine Soforthilfe ist. Dafür nutzen wir verfügbares Geld. Wir greifen auf einen Kapitalstamm zurück, den wir

zur Verfügung haben und den wir gut und schnell einsetzen können; denn wir wollen schnell und zielgenau helfen.

Es liegt am Haushaltsgesetzgeber, zuzustimmen. Dabei schaue ich Sie alle an. Es liegt beim Haushaltsgesetzgeber, weiterhin dafür zu sorgen, dass es beide Stiftungen geben kann. Dieser Entscheidung können und wollen wir nicht vorgreifen. Ich bin davon überzeugt, dass es weiterhin eine Notwendigkeit für beide Formen dieser Stiftung geben und der Landtag als Haushaltsgesetzgeber auch so weise sein wird, diese Möglichkeiten zu behalten. Es ist also kein Todesstoß für die Forschungstiftung.

Kollege von Brunn, mir ist wichtig zu sagen: Natürlich hätte man es auch anders machen können. Es gibt oftmals tausend Möglichkeiten. Aber diese Möglichkeit, die der Ministerpräsident aufgezeigt hat und die wir jetzt umsetzen, ist tatsächlich rechtlich sicherer und im Doing schnell umsetzbar.

Den Redebeiträgen der Kollegen der AfD will ich eigentlich gar nichts entgegen, weil in ihnen wenig Inhalt transportiert wurde. Wenn Sie von der AfD das, was Sie gesagt haben, wirklich ernst meinen, dann merkt man, dass Sie überhaupt nicht verstanden haben, was die Wirtschaft jetzt braucht.

(Zurufe der Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD) und Andreas Winhart (AfD))

Sie braucht eine Transformation. Sie braucht eine Investitionsförderung. Sie lechzt danach, dass wir das tun können. Wir wollen bereit sein, diese Hilfe, die die Wirtschaft von uns fordert, auch zu geben. Deswegen nehmen wir die Änderungen bei der Forschungstiftung vor. Deswegen schaffen wir den Transformationsfonds. Deswegen verspreche ich an dieser Stelle: Der Fonds wird ein bayerischer Löwe, dessen Kraft hilft, Bayern in wirtschaftlich schwierigen Zeiten voranzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien

und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.